

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinz Jährenbrach, Düsseldorf, Floraftr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Ncken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 43

Düsseldorf, den 29. Oktober 1932

Verlandort Krefeld

Wirtschaftsankurbelung!

Holland und die deutschen Kontingente

Aus Holland wird uns geschrieben:
Bekanntlich ist Holland einer der stärksten Importeure von landwirtschaftlichen Produkten nach Deutschland. Die von der deutschen Regierung geplanten Kontingentierungsmaßnahmen zugunsten der deutschen Landwirtschaft treffen darum Holland naturgemäß in besonderem Maße. So kann es nicht verwundern, wenn die allgemeine öffentliche Meinung in Holland nach Bekanntwerden der geplanten deutschen Einfuhrverminderungsmaßnahmen von einer starken Verstimmung gegen Deutschland ergriffen worden ist. Der Gegeneinwand der deutschen Regierung, daß ja auch Holland vor nicht allzulanger Zeit recht einschneidende Maßnahmen zum Schutze der eigenen Industrieinfuhr durchgeföhrt hat, die besonders erheblich auch den deutschen Export nach Holland geschädigt haben, mag an sich berechtigt sein. Dieser Einwand aber verfängt naturgemäß bei der rein stimmungsmäßig zu beurteilenden Meinungsstimmung der Bevölkerung nur sehr wenig. Man argumentiert allgemein außerordentlich heftig gegen die bevorstehenden deutschen Einfuhrschutzmaßnahmen und spricht dabei in der Presse ebenso wie im persönlichen Meinungsaustausch darüber die schlimmsten Befürchtungen für die holländische Landwirtschaft aus.

Das mit einer gewissen Berechtigung. Der holländischen Landwirtschaft und der Bevölkerung allgemein ist noch in übler Erinnerung die Auswirkung der deutschen Butterzollerhöhung bzw. -einfuhrbeschränkungen im Frühjahr d. J., die zu äußerst unerquicklichen Verhältnissen für die holländische Landwirtschaft führten. Das für die verringerte deutsche Einfuhr entstandene Ueberangebot an Butter auf dem holländischen Markt drückte die Preise ganz erheblich und hatte zur Folge, daß z. B. gute Landbutter, die vor dem 65 bis 80 Cent pro Pfund kostete, bis auf 40 Cent sank. Die Regierung fand damals schließlich den Ausweg eines Butterbeimischungszwanges für Margarine. Derselbe hatte zur Folge, daß der Margarinepreis bald erheblich stieg (bis 35 Cent) und schließlich sich die Nachfrage wieder stärker auf Butter richtete und den Preis derselben anziehen machte. Dieses in der Erinnerung der Bevölkerung noch frische „Butterexempel“, das praktisch natürlich nicht zuletzt auch auf Kosten der Konsumenten ging, ist noch in zu frischer Erinnerung, als daß man es wiederholt und bei anderen landwirtschaftlichen Produkten durch ähnliche Notbehelfe ergänzt wissen möchte.

So ist es kein Wunder, wenn die insbesondere von England und Frankreich geschickte betriebene öffentliche Propaganda gegen die „bösen deutschen Nachbarn“ günstige Voraussetzungen in der öffentlichen Meinung findet. Diese Propagandabewegung gegen deutsche Waren geht außerordentlich intensiv vor. „Deutschland sperrt die holländische Einfuhr — Holländer, gebt die Antwort — Weidnet deutsche Waren.“ Das ist die Synthese, die praktisch in allen möglichen Variationen dieser Anti-Deutschland-Propaganda zugrunde liegt. Sie findet angesichts der geschilderten allgemeinen Verstimmung gegen Deutschland leider nur zu offene Ohren.

Aber damit ist es nicht genug. Tendenziöse politische Ausnutzung überträgt diese Propaganda auch auf das Gebiet des Arbeitsmarktes und gefährdet auch hier die deutschen Interessen in erster Reihe. Aus Amsterdam und Rotterdam ebenso wie von Utrecht, Arnheim, Breda und den Grenzorten wird berichtet über eine scharfe Kampagne gegen die Beschäftigung deutscher Arbeiter. Diefelbe richtet sich sowohl gegen die beschäftigten deutschen Arbeitskräfte in der Industrie als insbesondere auch gegen die Beschäftigung deutscher Hausangestellten in holländischen und deutschen Familien. Bekanntlich ist Holland von jeher immer ein besonders guter Arbeitsmarkt für deutsche Hausangestellte gewesen. Von Mund zu Mund und in wiederholt festgestellten Fällen auch in der Presse wird jetzt offen und versteckt gegen die Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte polemisiert in einer Form und Heftigkeit, die man selbst bei wenig deutschfreundlichen Kreisen bisher nicht gewohnt war. Man benutzt dabei geschickt den Hinweis auf das große Angebot von männlichen Arbeitskräften in der holländischen Industrie und auf die in verschiedenen Industriezweigen (insbesondere in der Textilindustrie) noch immer vorkommende starke Beschäftigung von Mädchen, um die Ausschaltung deutscher Hausangestellter und den Ersatz derselben durch holländische Arbeitskräfte zu fordern. Ebenso polemisiert man besonders stark die Forderung nach der Ausschaltung von deutschen Arbeitern überhaupt, die in den Grenzorten in einzelnen Industriezweigen noch auf Grund der bestehenden Gengenheitsabkommen beschäftigt wurden. Es ist bezeichnend, daß in der Presse wiederholt Meldungen erschienen sind, benanntert wurden und wieder erschienen über die Verabschiedung eines Gesetzes zum Verbot der Beschäftigung ausländischer Arbeiter überhaupt. Das ist das selbe Befindensein gegen Deutschland nicht, das jetzt keiner Erwähnung.

Guten Erfolg verspricht man sich von einer allgemeinen antideutschen Kundenwerbung in Form von demnächst stattfindenden Werbeausstellungen für eigene bzw. nichtdeutsche Waren. Besonderes Interesse daran zeigt die englische Industrie. Interessierte Kreise versuchen dafür auch die Propagandareise des Prinzen von Wales, der sich bekanntlich zur Zeit in Kopenhagen aufhält, auszunutzen und berichten auch von einem bevorstehenden Prinzenbesuch in Holland. Wer die Mentalität der holländischen Bevölkerung und ihre Empfänglichkeit für derartige Dinge kennt, weiß, was das bedeutet.

Der kürzlich bekannt gewordene Verlust holländischer Aufträge für die deutsche Eisenindustrie (Siemens) dürfte nicht die einzige und letzte Folge dieser Propaganda sein, die zu verzeichnen ist, wenn es nicht gelingt, durch geeignete Maßnahmen auf die öffentliche Meinung beruhigend einzuwirken. Insbesondere der deutschen Textilindustrie drohen ernste Gefahren. Man weiß in Holland sehr wohl, was der holländische Import deut-

scher Textilien für Deutschland bedeutet. So legt man offenbar mit Vorbedacht das Schwergewicht der antideutschen Propaganda auf die Zurückdrängung des deutschen Textilimports, indem man mit nationalen ebenso wie mit wirtschaftlichen Argumenten und Gründen („englische Wolle sind besser!“ — „Donner Seiden sind wertvoller!“) für französische und englische und gegen deutsche Waren wirbt.

Es ist geradezu überraschend, wie stark die öffentliche Meinung durch diese antideutsche Propaganda beeinflusst worden ist und wie sehr die Sympathien weifer Kreise der Bevölkerung für den deutschen Nachbarn darunter gelitten haben. Man kann angesichts dieser Entwicklung die Pläne der deutschen Reichsregierung nur mit ernster Besorgnis verfolgen und wünschen, daß es gelingt, dieser Verstimmung mit den geeigneten Mitteln erfolgreich entgegenzuarbeiten. Die deutsche Industrie und die deutsche Arbeiterschaft würden sonst die Leidtragenden sein.

Kontingentierung und Textilausfuhr

Der Meinungsstreit über die geplanten Kontingentierungsmaßnahmen der deutschen Reichsregierung berührt die Textilindustrie in besonderer Weise. Wenn unentwegte Handelspolitiker, besonders aus den Kreisen der Landwirtschaft, glauben, daß es sich hier lediglich um eine sogenannte „einfache Umstellung“ der bisherigen schon bestehenden Einfuhrbestimmungen handle, die rein formeller Art sei, so zeigt das Verhalten der interessierten Auslandsstaaten doch recht deutlich, daß die Angelegenheit nicht ganz so einfach ist, wie man sie sich in diesen Kreisen vorstellt. Das hat auch die Reichsregierung selbst bereits veranlaßt, entgegen den Forderungen des Reichslandvolkes, von der zunächst geplanten autonomen Festsetzung der Kontingentierung Abstand zu nehmen und Verhandlungen mit den in Frage kommenden Ländern über die Höhe der künftigen Einfuhrquoten aufzunehmen. — Ob dabei die Wünsche der Landwirtschaft bezüglich der möglichen Beschränkung der Kontingentierung so ganz in Erfüllung gehen werden, wie Optimisten nach den großzügigen Versprechungen der Reichsregierung annehmen, ist eine andere Frage. Sehr wahrscheinlich werden die zu führenden Verhandlungen sehr bald die handelspolitisch bedingte Begrenzung der gegebenen Kontingentierungsabsichten zeigen. Die Reichsregierung hat wohl nicht von ungefähr bisher Angaben über die Größe der einzelnen Kontingente vermieden. Offenbar ist sie sich selber darüber nicht im unklaren, daß — wenn die Unterhändler erst einmal vor die praktischen Gegebenheiten gestellt sind — wesentliche Abstriche von den gehegten Hoffnungen gemacht werden müssen. Ob dann aber, wenn die bewilligten Kontingente doch nicht so klein sein werden — wie die Landwirtschaft sich wünschte — die jetzige Zufriedenheit der Landwirtschaft mit der Politik der Reichsregierung nicht einen schweren Stoß erhalten und vielleicht ins Gegenteil umschlagen wird, bleibt abzuwarten.

Bestehen bleiben aber werden die nachteiligen Auswirkungen, die die Kontingentierung auf die deutsche Industrieausfuhr haben muß. Der verhältnismäßig rasche und anscheinend gute Erfolg, den die Verhandlungen mit Belgien zeitigten, kann darüber nicht hinwegtäuschen. Man darf zudem nicht übersehen, daß die Verhandlungen mit Belgien unter den verhältnismäßig leichtesten Bedingungen vor sich gingen. Belgien ist an der deutschen Agareinfuhr nur mit dem geringen Anteil von knapp einem Prozent seiner Ausfuhr interessiert, sieht also seinen Export durch die deutschen Einfuhrschutzmaßnahmen nur unbedenklich beeinträchtigt. Trotzdem haben aber auch hier die deutschen Unterhändler gegenüber ihren Vorschlägen wesentliche Zugeständnisse machen müssen. — Wesentlich anders liegen die Dinge bei den übrigen interessierten Ländern. So z. B. bei Holland, Italien, Dänemark, Schweden und Finnland. Sie exportieren nicht nur einen beträchtlichen Teil ihrer landwirtschaftlichen und Bobenerzeugnisse nach Deutschland, sondern sind auch maßgebende Kunden Deutschlands und Abnehmer deutscher Waren. Beschränkt ihnen Deutschland die Einfuhr ihrer landwirtschaftlichen Produkte nach Deutschland, so werden sie durch entsprechende Gegenmaßnahmen die Einfuhr von deutschen Industrieerzeugnissen beschränken und durch Zölle oder Einfuhrsperrn erschweren. Bei der gegenwärtigen Absatzkrise fällt es ihnen nicht schwer, sich Ersatz zu schaffen und andere Lieferanten zu interessieren. Es ist bezeichnend, daß schon England durch großzügige Ausstellungen und Werbepropaganda ebenso wie auf diplomatischem Wege durch den Besuch des Prinzen von Wales in Dänemark und Schweden die größten Anstrengungen macht, seinen Export nach den Abnehmern deutscher Waren zu steigern und die deutsche Konkurrenz zu verdrängen. Die Kontingentierungspläne der Reichsregierung kommen dazu wie ge-

rufen. Schon steigt die englische Einfuhr nach Dänemark beträchtlich, während der deutsche Import dauernd zurückgeht.

Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen mit Holland ebenso wie mit Italien zeigt, daß hier gleiche Gefahren drohen. Holland hat die deutschen Verhandlungsvorschläge abgelehnt, trotzdem es selber vor wenigen Monaten beträchtliche Einfuhrbeschränkungen durchführte. Italien hat, noch ehe die deutschen Vorschläge gemacht wurden, bereits zu einem Gegenschlag angehebt durch die Erhebung der Devisensperre, die eine empfindliche Schädigung der deutschen Einfuhr bedeutete. Auch nach der inzwischen erfolgten Einigung und Wiederaufhebung dieser Devisensperre bleibt die Maßnahme an sich charakteristisch für die Gegenstellung, die von den anderen Ländern zu erwarten ist. England aber macht größte Anstrengungen, auch hier in Holland wie in Italien den deutschen Import zurückzudrängen und sich an die Stelle Deutschlands als Hauptlieferanten zu setzen. Die deutsche Textilindustrie wird dadurch besonders hart betroffen. Vor allem jene Länder, die an den deutschen Kontingentierungsmaßnahmen interessiert sind, sind zugleich die maßgebenden Bezieger deutscher Textilien und die Länder, nach denen ein erheblicher Teil des deutschen Textilexports geht.

Was das für Deutschland bedeutet, mögen folgende Zahlen zeigen: Von den 2,5 Millionen in der deutschen Textilindustrie beschäftigten Arbeitern, d. h. annähernd 8 Prozent der erwerbstätigen deutschen Bevölkerung überhaupt, arbeitet z. B. fast ein Drittel für den Export. Gerade durch den erheblichen Umsatzzuwachs in Deutschland selbst, der nach den letzten Feststellungen des Einzelhandels annähernd 20 Prozent beträgt, ist der Export für die deutsche Textilindustrie besonders bedeutsam. Die deutsche Ausfuhr nach Holland steht dabei mit an erster Stelle, sie wird lediglich vom Textilexport nach England übertroffen. Im Jahre 1931 bezog Holland für annähernd 170 Millionen Mark deutsche Textilien. Angesichts der allgemeinen Senkung und Ausfuhrschwumpfung lag diese Ausfuhrziffer gegenüber dem Vorjahr nur um 9,5 Prozent bzw. 17 Millionen M. niedriger. Der Export nach Holland hat sich also im Verhältnis zur allgemeinen Ausfuhrentwicklung beachtlicherweise gehalten. Verliert Deutschland diese Exportmöglichkeit seiner Textilindustrie, dann bedeutet das eine schwere Schädigung der gesamten deutschen Wirtschaft. Das gilt auch von den anderen genannten Märkten, die ebenso erhebliche Kunden der deutschen Textilindustrie sind. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß es überhaupt ein Irrtum ist, wenn man gemeinhin annimmt, die deutsche Ausfuhr und insbesondere die deutsche Textilausfuhr ginge vornehmlich nach den außereuropäischen Staaten. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß die überseeischen Erdteile, also Amerika, Asien, Afrika und Australien, viel stärkere Lieferanten von Rohstoffen nach Deutschland als Abnehmer deutscher Waren sind. Der Außenhandel mit diesen außereuropäischen Staaten ist infolge dessen passiv und weist einen Einfuhrüberschuß von etwa 1 Milliarde M. auf. Dagegen ist der deutsche Außenhandel mit den europäischen Staaten stark aktiv und bringt uns einen Ausfuhrüberschuß von annähernd 4 Milliarden M. Das gilt ganz besonders auch für die deutsche Textilindustrie, die rund 80 Prozent ihrer gesamten Ausfuhr nach europäischen Staaten exportiert. Das entspricht einem Ausfuhrwert von etwa 1 Milliarde M. Aus diesen Feststellungen ergibt sich die Gefahr, die dem deutschen Export, insbesondere der deutschen Textilindustrie aus evtl. Gegenmaßnahmen des Auslandes gegenüber der Kontingentierungspolitik der Reichsregierung droht. Die Reichsregierung sollte diese Gefahr nicht übersehen. Der erhoffte Konjunkturwiederanstieg hängt in starkem Maße davon ab.

So leben unsere Kurzarbeiter!

Die letzte Notverordnung der Regierung von Papen hat rücksichtslos in die dürftige Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft eingegriffen. Trotz des fast seit zwei Jahren durchgeführten ständigen Lohnabbaues gibt die Notverordnung dem Arbeitgeber erneut die Möglichkeit eines Lohnabbaues. Man redet von Wirtschaftsaufbau und Hebung der Kaufkraft, nimmt aber den Massenkonsumenten die Reste der Kaufkraft. Die Einseitigkeit der Verordnung liegt klar zutage. Dem Arbeitgeber gibt man Geschenke, Prämien in ganz enormer Höhe, um den Unternehmensgeist anzuregen. (Vielleicht hängt diese Subventionierung auch mit dem Wohlfahrtsstaat, mit dem Schwinden der moralischen Kräfte des Volkes zusammen?) Zum zweiten ist die Möglichkeit des Lohnabbaues gegeben. Wie die praktische Anwendung der Notverordnung zeigt, gibt es auch hier durch allerlei Winkelzüge Möglichkeiten, den Sinn der Verordnung zu verdrehen. Die Arbeitgeber wissen auch hier das Günstigste für sich herauszuholen.

Durch die Anwendung der Notverordnung kommen manche Arbeitgeber in eine günstigere Konkurrenzlage. Das hat andere Arbeitgeber, die eine Verbilligung der Produktionskosten durch Anwendung der Notverordnung bei Mehrreinstellung von Arbeitskräften nicht erreichen können, veranlaßt, Forderungen an die Arbeiter zu stellen, die entweder einen Lohnabbau verlangen oder eine weitere Rationalisierung mit Arbeiterentlassungen androhen. Diese Vorgänge sind nicht vereinzelte.

Die Notverordnung aber gibt nicht nur vollarbeitenden Betrieben die Möglichkeit der Lohnkürzung, sondern auch Betrieben mit selbst starker Kurzarbeit, sobald diese über 30 Stunden Arbeit die Woche hinaus kommen. Wenn man sich die Löhne der Kurzarbeiter ansieht, so ist doch wohl die Frage berechtigt, wofür arbeiten diese Menschen eigentlich noch? Sie stehen noch in Arbeit drei bis vier Tage die Woche und erhalten einen Lohn, der in vielen Fällen unter dem Wohlfahrtszuschlag, ja selbst unter dem Satz der Erwerbslosenunterstützung liegt. Unsere Textilarbeiter, die in vielen Fällen bereits monatelang Kurzarbeit verrichten haben, führen ein außerordentlich dürftiges Leben, so daß man es als einen Hohn auf die Arbeiterschaft betrachten muß, wenn überhaupt noch Forderungen laut werden, die Löhne weiter zu kürzen.

Nach außen hin treten freilich die Löhne der kurzarbeitenden Menschen nicht so sehr in die Erscheinung. Wenn die Menschen noch in Arbeit stehen, dann „muß es immer noch gehen“, so wird vielfach gesagt. Man gibt sich nicht die Mühe, einmal genau zu sehen, mit welcher geringem Lohn solche Menschen nach Hause gehen. Ein paar Beispiele mögen hier Aufklärung geben, und dann mag jeder sich selber errechnen und urteilen, ob solche Löhne noch abgebaut werden können.

- 1. Fall. Arbeiter mit zwei Kindern. Wochenlohn bei 24 Stunden etwa 13,— M. netto. Dazu kommen 3,— M. Kurzarbeiterunterstützung, gleich 16,— M. An Miete zu zahlen die Woche 5,— M., bleibt 11,— M. zum Leben. Davon muß Licht, Wasser und Heizung noch bezahlt werden. Dann bleiben pro Kopf und Tag etwa 38 Pfg. Ist das ein gerechter Lohn? Der Wohlfahrtszuschlag für diese Familie beträgt pro Woche 15, 60 M.
- 2. Fall. Familie mit drei Kindern. Lohn in 32 Stunden 23,90 M. Für Miete, Licht, Heizung, Futtermehl, Krankenhassenbeiträge gehen die Woche ab 14,85 M. Der Familie verbleiben pro Kopf und Tag etwa 25 Pfg. für Nahrung und Kleidung. Der Wohlfahrtsunterstützungssatz für diese Familie beträgt pro Woche 18, 20 Mark. Kann ein solcher Arbeiter noch Arbeitsfreude aufbringen bei einem solchen Lohn?
- 3. Fall. Familie mit drei Kindern unter acht Jahren. Lohn in 24 Stunden einschließlich Kurzarbeiterunterstützung 23,— M. brutto. Dabei ist der Mann Akkordarbeiter. Es liegt von dieser Familie ein Haushaltsbuch vor. Es zeigt bei selbst sparsamster Wirtschaft eine Mehrausgabe von 1,48 M. die Woche. 5,15 M. gehen ab für Miete, 4,06 M. für Brot. Und für fünf Personen, darunter drei Kinder, pro Tag ein Liter Milch; sechs Eier die Woche, ein halbes Pfund Schmalz, ein halbes Pfund Reis und ein Pfund Blutwurst zu 50 Pfg. kann sich diese Familie nur erlauben.

Diese Zahlen besagen genug. Das sind Hungerkationen, dank der Hungerlöhne, die unserer hochqualifizierten Textilarbeiterschaft gezahlt werden. Unsere Arbeiterschaft muß unter solchen Zuständen seelisch und körperlich samt der Nachkommenschaft verkommen. Dabei ist manchen Kreisen der Lohn der Arbeiterschaft noch „zu hoch“, und immer wieder wird die berüchtigte Akkordfischer angewandt, die Löhne bei jeder Gelegenheit zu kürzen.

Man hat vor Jahren oft von einer Lohnschraube ohne Ende nach oben hin gesprochen, heute haben wir eine solche ohne Ende nach unten hin. Hier muß endgültig Schluß gemacht werden. Die Löhne unserer Textilarbeiter, ganz gleich, ob Volk- oder Kurzarbeiter, sind so gering, daß sie eine weitere Kürzung nicht vertragen. Es ist deshalb unverständlich, wie die Regierung, die von einer Wirtschaftsankurbelung spricht, dem Arbeitgeber neben der Prämienvergütung für Mehrreinstellungen auch noch die Möglichkeit einer Kürzung der Löhne gibt. Das erstere hätte genügen müssen. Wenn durch eine Prämienvergütung von 400 M. pro Arbeiter und Jahr der Unternehmensgeist und die Initiative unserer Privatunternehmer noch nicht genügend angeregt wird, dann sieht es um diesen Unternehmertyp wahrlich trübe genug aus.

Die christliche Arbeiterschaft fordert, daß Lohnsenkungen unterbleiben und von der Regierung jene sinnlose Notverordnungsbestimmung aufgegeben wird. Der Vogen ist überspannt! Die Löhne der Arbeiterschaft, ganz besonders aber der Textilarbeiterschaft, können eine weitere Kürzung nicht mehr ertragen. Das mag auch die Regierung Papen bedenken. Wenn diesen Herren das noch nicht klar ist, dann soll man einmal versuchen, einige Wochen von oben ernährten Hungerlöhnen zu leben. Die Arbeiterschaft aber sollte einsehen, daß zur Wahrung ihrer Interessen eine starke Berufsorganisation notwendig ist und danach handeln. Die Werbearbeit für die Gewerkschaften ist heute notwendiger denn je! Nur durch starke Organisationen können wir einen starken Einfluß geltend machen und die Abhilfe solcher Zustände erreichen. B. G.

Christliche Arbeiterhilfe!

Der neue Winter bedeutet neue Not. Das deutsche Volk hofft von Jahr zu Jahr. Es wartet, ob nicht ein Winter einmal der letzte sein wird, der es im Tiefstand der Not sieht.

Der kommende Winter ist es noch nicht. Man hört und liest zwar hier und da von zögernden Hoffnungen, von langsamem Besserungen. Das Volk selbst, die Arbeiterschaft spürt sie noch nicht. Die Arbeiterschaft weiß nur von wachsender Not. Und die überwältigende Zahl der Arbeitslosen fühlt nur, daß man ihnen ein kümmerliches Minimum von Lebensmöglichkeiten gelassen. Sie tragen ihre Not und Entbehrungen in einen weiteren Winter hinein. Zu der Hoffnungslosigkeit des Nichtschaffenskönnens kommen nur größere Armut, größere Opfer, größere Entbehrungen.

In der christlichen Arbeiterbewegung tragen Hunderttausende das Schicksal der Arbeitslosigkeit, das Schicksal unabwendbarer Not.

Familienväter stehen mit leeren Händen vor Frau und Kindern. Arbeitslose Frauen und Mädchen stehen in stumpfer Hoffnungslosigkeit dem Winter entgegen. Und die arbeitslose Jugend, deren Leben einer geregelten Arbeit fremd zu bleiben droht, ist stärker denn je in Gefahr, zerstörenden Ideenwelten anheimzufallen. Wenn über Millionen Menschen mit gesundem Willen jahrelang das grausame Schicksal der Arbeitslosigkeit liegt, droht Verbitterung und Verzweiflung sie zu überwältigen. Verbitterung und Verzweiflung bedrohen den Familienvater, der Frau und Kinder hungern und frieren sieht. Sie bedrohen die arbeitslose Frau. Sie bedrohen vor allem die Jugend mit ihrem ungestümen Willen zum Schaffen um jeden Preis.

Darum ist kameradschaftliche Hilfe für die Hunderttausenden Arbeitslosen in den Reihen der christlichen Arbeiterbewegung auch für diesen Winter das oberste Gesetz der Christlichen Arbeiterhilfe.

Unsere Arbeitslosen sollen wissen, daß für die christliche Arbeiterbewegung als oberstes Gesetz die lebendige Gemeinschaft der christlichen Arbeiter gilt, der Arbeitenden und der Arbeitslosen. Je größer die Not, um so stärker und verantwortlicher die Gemeinschaft.

Die Christliche Arbeiterhilfe ist der Ausdruck dieser Notgemeinschaft. Sie wird

in allen ihren Einrichtungen in diesem Winter Ihre Arbeit verdoppeln. Es ist nicht nötig, die Hilfsmöglichkeiten aufzuzählen, die gegeben sind. Sie sind in den letzten Notjahren erprobt und ausgebaut worden. Jeder Ortsausschuß der Christlichen Arbeiterhilfe hat nach seinen Gegebenheiten, nach seinen Möglichkeiten Aufenthaltsräume für die Erwerbslosen geschaffen.

Küchen für Speisungen sind eingerichtet worden, Nähstuben für die Frauen. Kurse wurden abgehalten für Erwachsene und Jugendliche. Mannigfaltig und reichhaltig waren die Möglichkeiten, durch die sich die Ortsausschüsse Mittel zu beschaffen wußten, um das Arbeitslosenhilfswerk auszubauen. Die von der Reichsbahn gewährte Frachtfreiheit für Liebesgaben wurde von den Ortsausschüssen in ausgiebiger Weise in Anspruch genommen.

Alle diese Einrichtungen gilt es in diesem Jahre stärker noch auszubauen. Alle Möglichkeiten der Mittelbeschaffung gilt es in erweitertem Maße auszunützen. Besondere Aufmerksamkeit muß dem Freiwilligen Arbeitsdienst zugewandt werden. In allen Orten, wo immer die Voraussetzungen gegeben sind, müssen wir uns aktiv am Freiwilligen Arbeitsdienst beteiligen.

Für alle Einrichtungen der Christlichen Arbeiterhilfe gilt als oberster Grundsatz: das Leben unserer arbeitslosen Kameraden muß sinnvoll ausgefüllt werden. Dabei ist es selbstverständlich, daß wir sie selbst und ihre Kinder nicht hungern und frieren lassen. Sie sollen wissen, daß ihre Not unsere Not ist.

Die Christliche Arbeiterhilfe wird helfen, wo immer sie kann.

Berlin, den 15. Oktober 1933

Christliche Arbeiterhilfe e. V.

- Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands,
- Reichsverband der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine,
- Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands,
- Katholischer Gesellenverein,
- Deutscher Zentralverband.

Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung!

Seit Inkrafttreten der Juni-notverordnung, die die Arbeitslosenunterstützung auf ein Minimum herabdrückte, das teilweise unter den Sätzen der Wohlfahrt liegt, sind die Gewerkschaften nicht müde geworden, immer wieder eine Aufbesserung dieser in keinem Verhältnis zur Beitragsleistung stehenden Unterstützung zu fordern. Unser Verband hat in besonders wirkungsvoller Weise diese Forderung unterstützt. Die von ihm herausgegebene Schrift „Mensch in Not“ hat weite Kreise der Öffentlichkeit mit erschütternder Deutlichkeit auf die völlig unzulänglichen Unterstützungssätze hingewiesen. Sie wurde mit einer besonderen Eingabe zur Lenkung der Not der Unterstützungsempfänger auch der Reichsregierung zugeleitet und wird ihre Wirkung auf diese sicher nicht verfehlt haben.

Wie bekannt wird, hat die Regierung sich nunmehr entschlossen, für die Wintermonate einige Verbesserungen in der Arbeitslosenunterstützung eintreten zu lassen. So sollen die verheirateten Arbeitslosen in den Lohnklassen I bis VI bei

ein bis zwei Zuschlagsempfängern 2,— M. pro Woche, drei und vier Zuschlagsempfängern 3,— M. pro Woche, über vier Zuschlagsempfänger 4,— M. pro Woche an Winterzulage erhalten. Für die Lohnklassen VII bis XI sind keine Aufbesserungen vorgesehen.

Ohne Zweifel bedeutet die Winterzulage für die davon erfassten Arbeitslosen eine kleine Aufbesserung ihrer Lebenslage. Trotzdem bleibt sie völlig ungenügend. Die Tatsache, daß die Zulage in den fünf höchsten Lohnklassen nicht gewährt wird, ist höchst ungerecht. Hierdurch wird teilweise eine völlige Angleichung der Unterstützungssätze der unteren Klassen an jene der höheren und höchsten Klassen erreicht. Besonders kraftig ist die Auswirkung in Orten von 10 000 und weniger Einwohnern. Hier tritt der Fall ein, daß ein Unterstützungsempfänger der Lohnklasse VI bei fünf zuschlagsberechtigten Angehörigen mit der Winterzulage zusammen eine höhere Unterstützung erhält, als derselbe Unterstützungsempfänger in Lohnklasse XI. Er erhält nämlich ohne Zulage eine Wochenunterstützung von 17,40 M., während der andere mit der Zulage 17,50 M. erhält. In den Lohnklassen VII und VIII sind die Unterstützungen nach der neuen Regelung allgemein niedriger als in Lohnklasse VI. Eine Ausnahme hieron machen nur die Orte der Sonderklasse und der Ortsklasse A. Hier liegen die Unterstützungssätze der höheren Klassen auch nach der Neuregelung allgemein noch etwas höher als in den unteren Klassen.

Somit wirkt sich diese Art der Zulageberechnung besonders nachteilig für die qualifizierten Arbeitnehmer aus. Ihnen werden zwar die höchsten Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgenommen, aber ihre Unterstützung ist trotzdem nicht höher als die Unterstützung solcher Arbeitnehmer, die nur Beiträge in halber Höhe entrichtet haben. War schon durch die Juni-notverordnung das Prinzip der Versicherung in weitem Maße durchbrochen, so bedeutet diese neue Maßnahme einen

weiteren Schritt in dieser Richtung. Der einfache Arbeitnehmer, dem jahrzehntelang der Wert hoher Beiträge zur Sozialversicherung gepredigt wurde, wird derartige Maßnahmen nicht verstehen. Er muß irrt werden an der gesamten Sozialversicherung.

Auch die Nichtberücksichtigung der ledigen Arbeitnehmer bei dieser Aufbesserung der Unterstützung ist ungerecht. Ihre Bezüge sind durchweg so minimal, daß die Existenz dieser Menschen in starkem Maße gefährdet ist. Kann es da wonder nehmen, wenn sie in ständig steigendem Maße ihr Heil beim Radikalismus suchen?

Im Ortsklassensystem, das für die Berechnung der Unterstützung maßgebend ist, sind auch Veränderungen eingetreten. Zwar sind die drei verschiedenen Gruppen bestehen geblieben, aber es sind innerhalb derselben Verschiebungen vorgenommen worden. So umfaßt die erste Gruppe jetzt die Orte der Sonderklasse, der Ortsklasse A und alle Orte mit 50 000 und mehr Einwohnern. In die zweite Gruppe gehören alle Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern, während die dritte Gruppe alle Orte von 10 000 und weniger Einwohnern umfaßt.

Bei dieser Einteilung ist vor allem unverständlich, warum man die bisherige Dreiteilung beibehalten hat. Es ist doch ganz offenkundig, daß diese Dreiteilung durchaus nicht den wirklichen Verhältnissen gerecht wird. Für den Grad der Bedürftigkeit ist längst nicht immer die Größe des Ortes maßgebend, in denen der Arbeitslose lebt. Die Lebenslage eines Arbeitslosen kann in einer kleinen Landgemeinde schwieriger sein, als in einer größeren Stadt. Zudem sind die Unterstützungssätze in der dritten Gruppe so gering, daß ein Wegfall dieser Gruppe schon allein aus diesem Grunde hätte eintreten müssen. Aber es scheint, daß die Regierung bei Ausarbeitung dieser Veränderungen ängstlich bemüht gewesen ist, ja keine größeren Summen für die Arbeitslosen auszuwerfen. Wie gering die Wälderungen sind, zeigt die Tatsache, daß von dem Betrag von über 500 Mill. Mark, den man durch die Notverordnung der Arbeitslosen nahm, nur 70 Millionen Mark heute durch die Zulagen wiedergegeben wird. Wenn es sich darum handelt, Industrie und Landwirtschaft unter die Arme zu greifen, dann ist man wesentlich großzügiger. Dabei handelt es sich hier gar nicht um Zuwendungen des Reiches an die Arbeitslosen, sondern es sind Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die nur zu dem Zweck eingezahlt wurden, den Arbeitslosen eine Unterstützung zu sichern. Während die Arbeiterklasse in der Arbeitslosenversicherung insoweit radikaler Kürzung der Leistungen von Monat zu Monat feigen, steigt die Not der Arbeitslosen ins Uferlose. Eine Winterzulage, wie die nunmehr von der Regierung beschlossen, wird dieser Notlage auch nicht im entferntesten gerecht. An der Arbeiterhilfe liegt es, durch tatkräftige Stärkung der Gewerkschaften sich den weiteren Ausbau der Sozialversicherung zu erzwingen.

Ende des Textilkonfliktes in der englischen Baumwollindustrie

Den andauernden Bemühungen der englischen Regierung ist es nunmehr gelungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der englischen Baumwollindustrie zu einer Einigung über die strittige Lohnfrage zu bringen. Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Parteien war die Festlegung eines Planes, der für drei Jahre die Mitwirkung der Baumwollarbeiter bei den geplanten entscheidenden Umstellungen in der Baumwollindustrie (insbesondere der Rationalisierung und Bedienung von Webstühlen) vorsieht. Gleichzeitig wurde eine Lohnreduzierung um 8,5 Prozent festgelegt. Die Zustimmung eines Teiles der Arbeitnehmer, so z. B. der Spinnereiarbeiter, zu dieser Lohnherabsetzung steht allerdings noch aus. Immerhin können die Differenzen mit dieser Einigung als erledigt betrachtet werden.

Bürgersteuerüberraschungen

Die Notverordnung vom 4. September 1932 brachte den Arbeitnehmern bezüglich der Bürgersteuer infolgedessen eine schmerzliche Ueberraschung, indem sie bestimmte, daß diese Steuer für das letzte Vierteljahr 1932 weiter zu erheben sei. Bisher war die Bürgersteuer in sechs Monatsraten von Januar bis Juni eingezogen worden. Somit gelangt durch die Notverordnung ein zusätzliches Vierteljahr an Bürgersteuer zur Erhebung.

Diese neue Belastung für die Steuerzahler wurde in etwa gemildert durch den Wegfall des Zuschlages für die Ehefrau und durch die Senkung des Steuerbetrages um 25 Prozent. An und für sich entsprächen diese Milderungen nur einem Akt der Gerechtigkeit. Der Zuschlag für die nicht erwerbstätige Ehefrau war eine durch nichts zu begründende Maßnahme. Ebenso entsprach die Senkung des Steuerfußes nur der Anpassung an die inzwischen stark reduzierten Löhne und Gehälter. Die weitere Erhebung der Bürgersteuer blieb somit eine drückende Belastung der Steuerzahler.

Eine besondere Ueberraschung bildet das Bekanntwerden einer Verordnung des Reichsfinanzministers vom 23. September 1932, die bestimmt, daß jene Gemeinden, die die Reichshilfe für Wohlhabenslose in Anspruch nehmen wollen, für 1933 mindestens 500 Prozent Bürgersteuer beschließen müssen. Die Folge dieser Verordnung wird sein, daß allgemein 500 Prozent an Bürgersteuer für 1933 zu zahlen sind, denn alle Gemeinden haben jetzt für die Heraushebung dieser Steuer eine durchschlagende und einleuchtende Begründung.

Die durch Notverordnung vom 4. September herbeigeführten Bürgersteuermilderungen haben sich somit nach ganz kurzer Zeit als ein Geschenk ganz besonderer Art erwiesen. Zwar hat man einige offensichtlich ungerechtigkeiten beseitigt, dafür aber die Steuer in einer Weise herausgeholt, daß sie für die ausgewählten Arbeitnehmer nur noch als großes, schmerzliches Unrecht wirken kann. Während auf der einen Seite an Industrie und Landwirtschaft Wohlhabenssteuererlasse gegeben werden, reduziert man auf der anderen Seite den Arbeitnehmern nicht nur den schon geringen Lohn, sondern man belastet sie auch noch mit neuen Steuern, deren Aufbringung weitere Not und größeres Elend zur Folge haben muß. Ob man an maßgebender Stelle wirklich glaubt, mit einer derartigen Massenverleumdung die Wirtschaft ankurbeln zu können.

Sinkende Umsätze im Einzelhandel

Der Einzelhandel verzeichnet in den letzten Wochen Umsätze, die einen bisher nicht erreichten Tiefstand der Krise bedeuten. Gegenüber dem Vorjahr sind seine gesamten Umsätze von Januar bis August 1932 um 19,8 vom Hundert gesunken. Innerhalb der einzelnen Branchen wird dieser Satz von dem Bekleidungs- und Textil-einzelhandel mit 23,7 v. H. und vom Einzelhandel mit Hausat und Wohnbedarf mit 27,7 v. H. überschritten. Da die Preise nicht mehr so stark gesunken sind wie die Umsätze, liegt jetzt auch ein mengenmäßiger Rückgang der Umsätze vor. Im Nahrungsmittel- und Gemüsmittelhandel sind beispielsweise die Umsätze in den ersten acht Monaten 1932 gegenüber dem Vorjahr um 16,4 v. H., die Preise aber nur um 12,6 v. H. gesunken. Für den Textil-einzelhandel ist der Unterschied zwischen Preisrückgang und Umsatzrückgang noch stärker, denn hier stiegen die Umsätze im gleichen Zeitraum nur um 16,2 v. H., während die Umsätze um 27,7 v. H. zurückgingen. In diesen Zahlen zeigt sich die grenzenlose Verarmung des deutschen Volkes. Der Einzelhandel wird von einer kommenden Konjunkturbelebung wahrscheinlich erst nach einer gewissen Frist Nutzen ziehen, nämlich dann, wenn zunehmender Auftragszufluß in der Industrie Erneuerungen einleitet. Damit keine weitere Umsatzrückgang eintritt, ist die Erhaltung der Kaufkraft, d. h. der jetzt gezahlten Löhne und Gehälter, dringend notwendig.

Saisonbedingte Neueinstellungen!

In den vergangenen Wochen ist in der Textilindustrie eine leichte Belebung zu verzeichnen gewesen. Insbesondere gilt das für die Baumwollindustrie und zum Teil für die Woll- und Strickwarenindustrie. Zum Teil ist die auf drei oder vier Tage beschränkte Kurzarbeit um einen Tag erweitert worden; in einigen Bezirken sind auch Neueinstellungen von Arbeitern erfolgt. In einzelnen Betrieben wurde dabei auch von Festanstellungen der letzten Notverordnung bezüglich der Durchführung einer weiteren Lohnsenkung bei Neueinstellungen Gebrauch gemacht.

Wenn bei den verschiedenen Presseberichten, die über diese Beschäftigungszunahme in der Textilindustrie veröffentlicht wurden, allerdings davon die Rede ist, daß es sich hier um einen Erfolg dieser Notverordnung handeln würde, ist dies natürlich nicht zu verstehen. Die Belebung in der Textilindustrie ist ausschließlich saisonbedingt. Im Vergleich zu dem Ansehen der Beschäftigungslage im vergangenen Jahre und in früheren Jahren kann dabei keineswegs von einer außergewöhnlichen Zunahme der

Beschäftigung gesprochen werden. Die erfolgten Neueinstellungen und die Ausdehnung der Arbeitszeit erreichen im Gegenteil den normalerweise in den Herbstmonaten September-Oktober üblichen saisonmäßigen Konjunkturanstieg nicht. Im übrigen sind jene erfolgten Neueinstellungen außerordentlich gering. Wie illusorisch die Annahme von einer „erheblichen Belebung“ der Beschäftigungslage in der Textilindustrie als „Folge der Notverordnungsmaßnahmen“, von der ein Teil der Presse berichtet, ist, illustriert folgendes Beispiel:

Mit starker Betonung ist in der Presse die Mitteilung publiziert worden, daß als Folge der Notverordnung in der sächsischen Textilindustrie über 5400 Neueinstellungen erfolgt seien. Das bedeutet, zeigt folgende Feststellung: Die sächsische Textilindustrie zählt annähernd 300 000 Beschäftigte. Die Neueinstellungsziffer beträgt also zirka 1,7 Prozent.

Im allgemeinen muß jedenfalls festgestellt werden, daß Anzeichen einer wirklichen Konjunkturbelebung von vauvorderer Wirkung in der Textilindustrie noch kaum zu erkennen sind. Die ungünstige außenpolitische Entwicklung und die ablehnende Haltung der von den deutschen Kontingentierungsmaßnahmen besonders betroffenen Länder drohen im Gegenteil für die deutsche Textilindustrie erneute Absatzschwierigkeiten zu bringen.

Der Umchwung auf den Warenmärkten

Nachdem die Preise auf den internationalen Warenmärkten seit langem eine fast ununterbrochene Abwärtsbewegung gezeigt hatten, ist in den ersten Wochen des August ein hauffertiger Aufschwung erfolgt. Die Preise der meisten Waren erzielten sehr erhebliche Aufschläge. Der Anstoß zu dieser Bewegung ging von Amerika aus, wo man jetzt die Wirtschaftskrise mit aller Energie bekämpfen will. Besonders für die Hebung der Warenpreise sind umfangreiche Maßnahmen vorgesehen. Die Warenmärkte haben auf das Ankurbelungsprogramm der Vereinigten Staaten ebenso heftig reagiert wie vor einem Jahr, als Hoover das Feiertag für die Kriegsschuldenszahlungen verkündete. Damals hat die Haltung Frankreichs die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens und damit eine Stabilisierung der Weltmärkte verhindert. Aber auch heute sind die Voraussetzungen für ein Andauern der Hauffe in ihrem jetzigen Umfange noch nicht gegeben, denn die Lage der Warenmärkte ist, was den geringen Verbrauch und die hohen Vorräte anlangt, sehr ungünstig. Wenn die Weltwarenmärkte nunmehr auch einen gewissen Widerstand gegen die Abwärtsbewegung der Preise zeigen, so muß es doch als ausgeschlossen gelten, daß wir in absehbarer Zeit wieder mit den hohen Warenpreisen der Jahre vor der Krise rechnen müssen.

Herbst-Konferenz in Lauban

Aus Sparmaßnahmegründen ist die jahungsgemäße Herbst-Konferenz des Bezirkes Schlesia in mehrere einzelne Konferenzen aufgeteilt, um die Ortsgruppen mit nicht allzu hohen Fahrtkosten zu belassen und trotzdem den einzelnen Gruppen die Möglichkeit zu geben, ihre Vertreter zu den gerade in der jetzigen schweren Zeit so notwendigen Tagungen zu entsenden. Die zunächst ein Protest sein sollen gegen die rigorosen Maßnahmen einer reaktionären Minderheit gegen die Arbeiterklasse, zum anderen aber auch richtunggebend für das kommende Winterhalbjahr.

So fanden sich am Sonnabend, dem 15. Oktober, im katholischen Vereinshaus in Lauban Vertreter der Ortsgruppen Lauban, Marklissa, Halbau, Seidenberg, Bunzlau und Greiffenberg zusammen.

Der Bezirksleiter Kollege Jungnickel, Siegmund, wies nach Begrüßung der Vertreter und des ebenfalls anwesenden Kollegen Müller vom Hauptortland in Düsseldorf auf die ganz besondere Notwendigkeit der Herbstkonferenz und ihre oben bereits angedeutete Aufteilung hin. Es hatten bereits Tagungen für das Reichsbach-Baugelbiet stattgefunden.

In einem längeren Referate behandelte dann zunächst der Kollege Müller die allgemeine Lage. Besonders nahm er dabei gegen die Notverordnungsmaßnahmen der Regierung von Papen Stellung. Dem ärmersten Teile des Volkes nehme man durch Lohn- und Unterstützungszunahme sowie durch Steuern das Letzte und dem andern verschaffe man Riesengewinne. Ebenso sei es mit den Steuergutschriften als Prämien für Neueinstellungen. Man sehe eine Schicht besser auf Kosten der andern und nenne das ganze dann Gerechtigkeit. Mit dem Hinweis der Regierung auf ihre tarifliche Friedenspflicht aber will man die Gewerkschaften für ausbrechende Lohnstreiks regressive machen und sie so auf kaltem Wege erledigen. Was jetzt geschehe, sei keine göttgewollte Ordnung. Ohne die Gewerkschaften könne niemand regieren. Deshalb gehe es, die Fahne unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung auch in dieser Zeit ganz besonders hoch zu halten. Der anhaltende starke Defizit bewies, wie Kollege Müller allen Vertretern aus dem Herzen geiproch.

Hierauf sprach unser Bezirksleiter über die Lage im Bezirk, die schon seit dem Jahre 1928 hier in Schlesia eine besonders schwierige sei. Bedingt durch die immer mehr zunehmende Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit seien die Einnahmen im allgemeinen und die des Bezirkes im besonderen zurückgegangen. Er bewies dies an Hand von statistischem Zahlenmaterial. Ebenso gab er Aufschluß über die Lage der Sterbekasse. So gut wie irgend möglich werde von der Bezirkskasse gespart, um über diese schwierige Zeit hinwegzukommen. Es sei notwendig, alle Mittel zu ergreifen, um eine Festigung und einen Wiederaufbau zu erzielen.

An der die ersten beiden Tagesordnungspunkte zukommernden Aussprache beteiligten sich die Kollegen Thiel-Halbau, Winge-Greiffenberg und Lamme-Bunzlau. Alle drei kritisierten scharf die Notverordnung und wiesen auf die da und dort eingetretenen Auswüchse hin. Alle lobten die Notwendigkeit der Sparmaßnahmen für die Verzinsung der Sparkassen. Es wurde ein gemeinsames Schreiben an den Reichsleiter zu verfassern. Ebenso nahm noch Kollege Müller zu einigen außerordentlichen Fragen Stellung.

Die Herbst- und Schulungsarbeit soll im kommenden Winter im Rahmen von Winterferienveranstaltungen gefällig werden und soll dabei auf die Bedürfnisse in den

Ortsgruppen nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden. Im Anschluß hieran wurden bereits für verschiedene Ortsgruppen die nächsten Versammlungen festgelegt.

Nach einem kurzen Schlusswort seitens des Bezirksleiters mit der Aufforderung, alles daran zu setzen, um unsere Bewegung wieder vorwärts zu treiben, entließ er die Vertrauensleute, um das hier Gehörte in ihren Ortsgruppen in die Tat umzusetzen und die Pläne der Reaktionen zuzuschanden zu machen. Am Anfang aller Dinge steht die Tat!

Berichte aus den Ortsgruppen

Ebingen. Fest der Arbeit! Unter diesem Motto hielt unsere Ortsgruppe am Sonntag, dem 9. Oktober, im Gasthaus zum „Biesental“ ihr diesjähriges Kaffeekränzchen ab, wozu auch die Kollegen der anderen Berufsverbände eingeladen waren. Unsere Musikfreunde leiteten die Feier mit einem schönen Musikstück ein. Hierauf begrüßte Kartellvorsitzender Kollege Blum die so zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen von Ebingen und Kaiseringen und wünschte allen recht frohe Stunden des Beisammenseins. Nachdem ein paar ernsthafte Gedichte vorgelesen waren, eröffnet der Geschäftsführer, Kollege Gößling, Stuttgart, das Wort. Er hielt keine breit angelegte Festrede mit hohen Tönen, sondern blieb ganz auf dem Boden der rauen Wirklichkeit und machte vor allem auf die Standespflichten aufmerksam. Er gab seinen Worten dahingehend Ausdruck, daß wir heute in einer Welt des Verzagens stehen. Alles flücht, Neues will sich breit machen. Wir aber haben keinen Grund, irgend eine Wirtschaftsordnung zu stützen, wir klammern uns auch nicht an irgend einen „ismus“, sondern wir kämpfen nur um die Freiheit und das Recht, das uns zusteht. Ohne Bindung an irgend ein System kämpfen wir für eine christliche Wirtschaftsordnung, damit die Wirtschaftstechnik zum Segen der Menschheit werde. Und das betrachten wir als ein Stück kultureller und nationaler Arbeit!

Nach weiteren Besichten ersteren Inhalts ergriff auch Kollege Zehnauer-Ebingen das Wort, der namens des Ortskartells seiner Freude Ausdruck gab über den Vorkurs des christlichen Textilarbeiterverbandes hier in Ebingen. Er dankte für die treue und tatkräftige agitatorische Arbeit der Kollegin Fräulein Eisele-Stuttgart und überreichte ihr im Auftrage der Junggewerkschaftler ein Album mit Bildern der Stadt Ebingen, des herrlichen Donatals und sonstigen Aufnahmen unserer gemeinsamen Wanderfahrten. Auch gab er der Hoffnung Ausdruck, wenn wir fest und treu zusammenstehen und stets nach dem Sinnpruch handeln: „Der Alte Rat und der Junge Rat“, auch der Tag kommen muß, wo uns die Freiheitssonne um so goldener erscheinen werde, weil wir mit dabei waren und mitgestaltet haben an einem besseren Deutschland!

Der gemütliche Teil der Feier ließ dann die Nachmusikeln gehörig in Funktion treten. Ob der schönen schwäbischen, weiswährischen und schlesischen Gedichte und Deklamationen. Auch ein paar Volkslieder erfreuten die Herzen. Besondere Freude löste die Früchtereulung und die Verfeier eines lebenden Rindchens, das Kollege Golderte-Kaiseringen gestiftet hatte, aus. Zum Schluß magte die Jugend noch ein Lätzchen.

Ein Fest der Arbeit hat es sein sollen und war es auch! Zwar konnte man die Sorgenfalten einander nicht wegputzen, aber doch die Sorgen des Alltags auf ein paar Stunden vergessen lassen, damit der Mut und die Begeisterung wachsen konnten zur neuen Tat für unsere christliche Arbeiterbewegung!

Seck. Eine interessante Versammlung fand am 17. Oktober hier statt. Interessant nach zwei Seiten hin. Zunächst von besonderem Interesse für die Mitglieder unserer Ortsgruppe durch das Thema, das der Versammlung zugrunde lag: Die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zu den Wahlen. Der Redner des Abends, der Kollege Maier-Düsseldorf, vom Ortsgruppenvorsitzenden Kollegen Gausfeld hergeleitet, entwickelte der außerordentlich gutbesuchten Versammlung in seinen Ausführungen die Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Staat und zu den politischen Geschehnissen der letzten Jahre. Er stellte dabei besonders klar die grundsätzliche Orientierung der Bewegung zu den staatspolitischen Fragen und ihre soziale Bedeutung heraus. Insbesondere die Politik der jetzigen Regierung fand eingehende Würdigung und berechtigte Kritik. Sie kann infolge ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Widersprüche (Lohnabbau, Kontingentierung) das erstrebte Ziel der sozialen Befriedung und des Wirtschaftswiederaufbaues nicht erreichen und muß darum von den christlichen Gewerkschaften abgelehnt werden. Das gilt vor allem für die Notverordnungen der Regierung von Papen, die für die Arbeiterschaft eine untragbare Belastung bedeuten.

Aber nicht nur die Ausführungen des Redners, die wiederholt von lebhaften Zustimmungsaussparungen der Versammlung unterbrochen wurden, machten diese Versammlung selbst besonders interessant. Eine eigene Note erhielt die Versammlung durch die auffallende Aktivität, die ein anwesender Gast und Versammlungsteilnehmer sowohl während als auch nach den Ausführungen des Redners zeigte. Dieser „Gast“, dem vom Redner wie vom Versammlungsleiter ausreichende Gelegenheit zur Äußerung seiner Meinung gegeben war, machte zwar von dem Angebot, sich in der Aussprache offen und ausführlich auszusprechen, nur recht bescheidenen Gebrauch. Das, was er dabei zu sagen mußte, war ebenso widerspruchsvoll und verworren, wie seine Zwischenrufe zum Referat und zu den Ausführungen der übrigen Redner. Diese Gelegenheit nutzte er dafür um so mehr aus, seine offenbar alkoholisch gesteigerte Aktivität während der Ausführungen der Redner in störender Weise geltend zu machen. Seine Witzsprüche und Bemerkungen, insbesondere zu den staatspolitischen Ausführungen des Redners, wurden von demselben allerdings unter wiederholtem schallenden Gelächter der Versammlung sehr deutlich abgetan. Sie haben aber der anwesenden Arbeiterschaft wieder einmal gezeigt, was sie von solchen „Auch-Arbeiterfreunden“, die nicht zuletzt von der Arbeiterschaft leben, zu halten hat. Das interessiert besonders die Hecker, Gronauer und Epener Arbeiterschaft, die bisher von dem fraglichen Diskussionsredner, einem Hecker Bäckermeister, ihr Braut bezog. Kollege Maier empfahl zwar trotz der dauernden Störungsversuche dieses Herrn die Jubiläumsgabe „mildernde Umstände“, für die offenbar auch der „geschliche Grund“ gegeben war, und bewachte ihn damit vor dem Hinauswurf. Ob aber die Arbeiterschaft diese Rücksicht auch für die nünftige Praxis anwenden soll, ist eine andere Frage. Sie weiß jedenfalls jetzt, woran sie ist und wird auch aus dieser Tatsache die richtige Schlussfolgerung ziehen: sich nicht auf andere, sondern auf sich selbst und auf die eigene Bewegung zu verlassen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Holland und die deutschen Kontingente — Kontingentierung und Textilausfuhr. — Wirtschaftskrise und Gewerkschaften. — Eine ernste Mahnung an Herrn von Papen. — So leben unsere Kurzarbeiter! — Christliche Arbeiterhilfe! — Einigung der Arbeitslosen-Unterstützung? — Ende des Textilkonfliktes in der englischen Baumwollindustrie. — Bürgersteuerüberraschungen. — Sinkende Umsätze im Einzelhandel. — Saisonbedingte Neueinstellungen! — Der Umchwung auf den Warenmärkten. — Herbstkonferenz in Lauban. — Feuilleton: Haliet die Augen offen! — Berichte aus den Ortsgruppen: Ebingen. — Seck.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Florastraße 7.